

SCHWEIZERISCHE Gewerbezeitung

CHF 2.50
AZA 3001 Bern
Post CH AG

DIE ZEITUNG FÜR KMU

COVID-KRISE

Ganze Existenzen werden vernichtet

Das bundesrätliche Hüst und Hott in der Pandemiebekämpfung hat dramatische Folgen für viele Schweizer KMU. Die laufend veränderten Spielregeln treiben manch einen Unternehmer zur schieren Verzweiflung. Und die Tatsache, dass die offizielle Schweiz anscheinend die Digitalisierung verschlafen hat und immer wieder – ohne jegliche nachweisbare Evidenz – Entscheide getroffen werden, die den Unternehmen massiv schaden, stösst auf massives Unverständnis.

«Andauernde Willkürherrschaft»

«Die andauernde Willkürherrschaft des Bundesrats ist eine Katastrophe», sagt etwa **Thomas Isler**. Der VR-Präsident der Créasphère – die Firma mit elf Filialen hat Wurzeln in der Stofffabrik Gessner Stoffe AG in Wädenswil – ist sich sicher: «Ein grosser Teil der mittelständischen Wirtschaft kann die Massnahmen der Regierung überhaupt nicht mehr nachvollziehen.» Er könne bloss hoffen, dass der Bundesrat sehr bald einmal zur Vernunft zurückkehre und nicht ausschliesslich aus Sicht der Gesundheitsbehörden entscheide, so Isler weiter. «Für den Nichtepidemiologen sind diese Entscheide nicht nachvollziehbar. Ein grosser Teil aller Toten sind Bewohner von Altersheimen. Die lässt man sterben. Und den Detailhandel, wo niemand auch nur annähernd gefährdet wird, schliesst man...» Auf Anregung seiner Finanz-, Personal-, Buchhaltungs- und Verkaufsleiterin hat Isler sich in einem offenen Brief an den Bundesrat gewandt. «Von Ansteckungen bei uns in den Stoffmärkten kann nicht die Rede sein», sagt Isler, «wir haben durchschnittlich pro Kundin bis zu 100 Quadratmeter Fläche zur Verfügung.» Die Verordnung des Bundes müsse entsprechend angepasst werden.

Blick in den Abgrund

Tatsache ist: Viele Unternehmer stehen am Rand des Abgrunds. Sie brauchen dringendst Entschuldigungen – oder sie gehen unter. *En*

Seite 3

FREIHANDEL SCHWEIZ-INDONESIEN – «Das Abkommen nützt beiden Seiten», sagt Bundespräsident Guy Parmelin. Ein Scheitern wäre eine verpasste Chance – gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten.

«Eine grosse Chance»



Bundespräsident Guy Parmelin setzt sich mit Überzeugung für das Freihandelsabkommen mit Indonesien ein. Bild: zvg

Am 7. März stimmen wir über ein Freihandelsabkommen mit Indonesien ab. Warum ist der bei uns wenig bekannte, gigantische Inselstaat mit seinen 270 Millionen Einwohnern ein interessanter Partner für die Schweiz? «Indonesien ist das bevölkerungsmässig viertgrösste Land der Welt», sagt Wirtschaftsminister **Guy Parmelin**. Die indonesische Volkswirtschaft sei seit der Jahrtausendwende stetig gewachsen. Gleichzeitig gehörten immer mehr Menschen zur Mittelschicht und würden an Kaufkraft gewinnen. Das Land werde deshalb als Exportdestination an Bedeutung gewinnen. «Heute wird der Handel zwischen unseren beiden Ländern noch durch hohe Zölle und andere Handelsbarrieren

behindert, die mit dem Abkommen beseitigt werden.»

Nachhaltigkeit im Zentrum

Das Abkommen mit Indonesien wird als «Pionierabkommen» bezeichnet, weil es erstmals explizit Zollkonzessionen mit verbindlichen Nachhaltigkeitsvorschriften verknüpft. Wie wichtig ist der Vertrag für die Schweizer Wirtschaft? «Die exportorientierten Schweizer Unternehmen sind auf den verlässlichen Zugang zu ausländischen Märkten angewiesen», sagt Parmelin weiter. «Mit dem Abkommen können wir die Zölle auf allen wichtigen Schweizer Exporten nach Indonesien beseitigen, sorgen für Rechtssicherheit und verhindern gleichzeitig eine mögliche Benach-

teiligung unserer Unternehmen für den Fall, dass die EU ihre laufenden Verhandlungen mit Indonesien zu einem Abschluss bringt.»

Gleichzeitig habe man den Bedenken bezüglich Nachhaltigkeit in grossem Umfang Rechnung getragen: «Das Abkommen hat im Bereich der Nachhaltigkeit Signalwirkung. Es trägt zu den globalen Bestrebungen um eine nachhaltige Palmölproduktion bei und garantiert, dass nur nachhaltiges Palmöl von diesem Abkommen profitieren kann.»

Wie profitieren Schweizer KMU konkret von diesem Freihandelsabkommen? «Viele Schweizer KMU sind eng in internationale Wertschöpfungsketten integriert», so der Wirtschaftsminister weiter. «Gemäss einer Erhebung des Zolls wurden im Jahr 2016 ganze 60 Prozent der Importe und 45 Prozent der Exporte durch KMU getätigt. Unsere eigenen Analysen zeigen, dass KMU – und nicht nur grosse Unternehmen – die Freihandelsabkommen der Schweiz rege nutzen und dadurch wettbewerbsfähig sind und beträchtliche Beträge an Zollgebühren einsparen.»

Das Abkommen mit Indonesien werde für Schweizer Unternehmen, basierend auf dem heutigen Handel, Zolleinsparungen von rund 25 Millionen Franken bringen, so Parmelin – «und noch mehr, falls das Abkommen wie gehofft den bilateralen Handel zusätzlich stimuliert».

Parmelin in FOKUS KMU

Mehr zu Bundespräsident Guy Parmelins Einsatz für das Freihandelsabkommen sehen Sie ab dem 8. Februar auf «FOKUS KMU – die Sendung für Wirtschaft & Gesellschaft» und im Interview auf Seite 6. *En*

Einschätzungen des Bundespräsidenten zur Corona-Krise lesen Sie auf Seite 2.

PAROLEN DES SCV

Die Schweizerische Gewerkekammer, das Parlament des Schweizerischen Gewerbeverbands sgv, hat für die Abstimmungen vom 7. März resp. vom 13. Juni neu folgende Parolen beschlossen:

• CO ₂ -Gesetz:	Stimmfreigabe
• Burka-Initiative:	Keine Parole
• Trinkwasser-Initiative:	Nein
• Pestizid-Initiative:	Nein

Zum Freihandelsabkommen mit Indonesien und zur E-ID hatte die Kammer bereits zuvor die Ja-Parole beschlossen. *En*

BVG-REFORM

Ein klarer Etikettenschwindel

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund, Travail Suisse und der Schweizerische Arbeitgeberverband haben einmal mehr versucht, den Medien ihren BVG-Reform-Vorschlag als «Sozialpartnerkompromiss» zu verkaufen. «Dies ist ein bewusstes, unredliches Täuschungsmanöver», stellt **Hans-Ulrich Bigler**, Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbands sgv, klar. «Ihr Vorschlag ist eine teure und systemwidrige Umverteilung, welche von einer Mehrheit der Organisationen auf Arbeitgeberseite und den bürgerlichen Parteien abgelehnt wird. Der Vorschlag ist in der Vernehmlassung klar durchgefallen. Dieses Modell nun als «Sozialpartnerkompromiss» zu bezeichnen, ist ein eklatanter Etikettenschwindel.»

Breite Distanzierung von «Kompromiss»

Als grösste Dachorganisation der Schweizer Wirtschaft war der sgv von Beginn an in die Sozialpartnergespräche involviert. Der sgv hat sich bereits in einem frühen Stadium klar und unmissverständlich von einer BVG-Reform distanziert, die auf Rentenzuschlägen basiert.

Viele andere bedeutende Wirtschaftsverbände haben sich der Haltung des sgv angeschlossen. Darunter auch wichtige SAV-Mitglieder, wie etwa der Schweizerische Versicherungsverband (SVV), der Schweizerische Baumeisterverband (SBV), GastroSuisse, HotellerieSuisse, die Swiss Retail Federation oder die Arbeitgeber Banken. In Opposition gegangen sind auch etliche kleine und mittelgrosse Berufsverbände sowie namhafte kantonale SAV-Sektionen.

www.sgv-usam.ch

ANZEIGE

ABSTIMMUNGSARENA
«Ja zum Freihandelsabkommen mit Indonesien»

FOKUSKMU

Moderation: Joel Bigler



Balthasar Glättli
Nationalrat
Grüne/ZH



Guy Parmelin
Bundespräsident

Täglich vom 8. bis 14. Februar ab 17.25 Uhr auf:

TELE BARN | TELE ZÜRICH | tv6 | tele

Täglich vom 15. bis 21. Februar ab 17.25 Uhr auf: TELE Z



INHALT



CHRISTINE DAVATZ – Sie setzt sich dafür ein, dass praktische LAP und ÜK durchgeführt werden. **Seite 7**



ARBEITSMARKT – Die Situation in der beruflichen Grundbildung bleibt Corona-bedingt angespannt. **Seite 9**



NAGELFABRIK – Das über 125-jährige KMU in Winterthur schreibt in vielerlei Hinsicht Geschichte. **Seite 11**



SONNENSCHUTZ – Die digitalisierte Branche leistet einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz. **Seite 13**